

„Globalisierung von Sozial- und Umweltstandards“



Rundbrief, April 2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen des Projekts „Globalisierung von Sozial- und Umweltstandards“ des Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. hier der neue Rundbrief.

Inhalt	Seite
Projektinformationen	1
Hintergrund / Diskussion	3
Veranstaltungshinweis	7

Projektinformationen

Seit 2006 ist das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. Träger des Projektes „Globalisierung von Sozial- und Umweltstandards“. Das Projekt besteht u.a. aus bayernweiten Runden Tischen zu den Themenfeldern „Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen“ und „Kommunen und EineWelt - Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung“. Mit für den jeweiligen Themenkomplex relevanten Akteuren wird ein Dialog über Sozial- und Umweltstandards geführt und dokumentiert. Siehe auch www.eineweltnetzwerkbayern.de/globalisierung.

Das Projekt „Globalisierung von Sozial- und Umweltstandards“ wird seit 2009 gefördert von der Bayerischen Staatskanzlei und der Ev.-Luth. Kirche in Bayern.
Bis 31.12.2008 wurde es aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.

4. Runder Tisch Bayern:

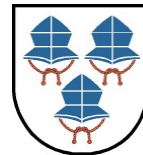
Kommunen und Eine Welt – Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung

Mittwoch, 25.11.2009

Landshut

Veranstalter:

Eine Welt Netzwerk Bayern e.V.
in Kooperation mit der Stadt Landshut



Hintergrund: Bund Länder und Kommunen erteilen jährlich Aufträge in Höhe von rund 360 Mrd. €, das entspricht ca. 17 % des Bruttoinlandsproduktes. Investiert werden die Gelder in Güter, Dienstleistungen oder Bauaufträge, um Verwaltungsaufgaben zu erfüllen und Leistungen für die BürgerInnen zu erbringen. Als Großinvestor können Kommunen mit ihrem Einkaufsverhalten dazu beitragen, das Konsumverhalten in Richtung Nachhaltigkeit auszurichten, indem sie soziale und ökologische Aspekte bei ihren Ausschreibungen berücksichtigen. Sie können die EU-Vergaberichtlinien 2004 / 17 / EG und 2004 / 18 / EG, die in Artikel 38 bzw. 26 explizit die Berücksichtigung sozialer und umweltbezogener Aspekte in der Vergabe vorsehen, als Grundlage für ihre nachhaltige Beschaffung nehmen. Am 18.07.2007 hat zudem der Bayerische Landtag als erster Landtag in Deutschland einen (fraktionsübergreifenden) Beschluss zur Vermeidung von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im Bereich der öffentlichen Beschaffung gefasst und dabei auch die Kommunen ermutigt, in ihrem Zuständigkeitsbereich entsprechend zu verfahren.

Die Stadt Landshut, die (im Jahr 2004) wie inzwischen 50 bayerische Kommunen ebenfalls einen Beschluss gegen den Erwerb von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit gefasst hat, lädt am 25. November 2009 zusammen mit dem Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. zum „4. Runden Tisch Bayern: Kommunen und Eine Welt – Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung“ ein. In dieser Veranstaltung mit PolitikerInnen, Verwaltungsangestellten und VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen wird u.a. darüber informiert, wie soziale und ökologische Kriterien in öffentliche Ausschreibungen integriert werden können. Eingeladen sind dabei insbesondere auch VertreterInnen von Kommunen, die sich gegen ausbeuterische Kinderarbeit im Bereich der öffentlichen Beschaffung engagieren bzw. noch engagieren möchten.

Hintergrund:

www.bayern-gegen-ausbeuterische-kinderarbeit.de

4. Runder Tisch Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen

Freitag, 13.11.2009

(ab ca. 13.30 Uhr)

Hochschule für Philosophie, München (Kaulbachstr. 33)

Veranstalter:

Eine Welt Netzwerk Bayern e.V.
in Kooperation mit dem Institut für Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Philosophie
und der Hochschule für angewandte Wissenschaften München



Der „Runde Tisch Bayern – Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen“ möchte u.a. mit VertreterInnen von Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, Ministerien, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen Beispiele guter Praxis aufzeigen, mit der Umsetzung verbundene Probleme erörtern und zur Verbreitung von Sozial- und Umweltstandards beitragen.

Info:

Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. - Dr. Alexander Fonari
<http://www.eineweltnetzwerkbayern.de> - info@eineweltnetzwerkbayern.de, Tel.: 089 / 350 40 796

Hintergrund / Diskussion

Bundesrat stimmt Reform des Vergaberechts zu - sozial-ökologische Beschaffung nun zweifelsfrei möglich

Nachdem der Deutsche Bundestag am 19.12.2008 das Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts beschlossen hatte, hat am 13.2.2009 auch der Bundesrat zugestimmt. Damit wurden nach jahrelangen Verhandlungen endlich entsprechende EU-Vorgaben umgesetzt. Im Rahmen der öffentlichen Vergabe können jetzt zusätzliche Anforderungen an Auftragnehmer gestellt werden, die „insbesondere soziale, umweltbezogene oder innovative Aspekte“ betreffen.

Durch die „Kann-Bestimmung“ ist sozial-ökologische Beschaffung also überall möglich – sie muss aber auch vor Ort (politisch) gewollt sein. Somit sind vor allem zivilgesellschaftliche Gruppen aufgerufen, in ihrer Kommune eine sozial-ökologische Beschaffung einzufordern. Weitere Informa-

Weißer Gasse 3, 86150 Augsburg
Tel.: 089 / 350 40 796
info@eineweltnetzwerkbayern.de
www.eineweltnetzwerkbayern.de

Vorstand:
Dr. Jürgen Bergmann, Dr. Alexander Fonari,
Vivien Führ, Annegret Lueg,
Dr. Norbert Stamm, Dieter Zabel

Registergericht VR 2396
Ligabank Augsburg
Konto 194 794
BLZ 750 903 00

tionen zum Thema, zum rechtlichen Hintergrund, Mustervorlagen für weitere Beschlüsse siehe unter www.bayern-gegen-ausbeuterische-kinderarbeit.de.

Gauting, Krumbach und Waldkraiburg gegen ausbeuterische Kinderarbeit – nun 50 bayerische Kommunen

In den letzten Wochen haben u.a. die bayerischen Gemeinden Gauting, Krumbach und Waldkraiburg einen Beschluss gegen den Erwerb von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit gefasst. Somit haben deutschlandweit rund 140 Kommunen einen solchen Beschluss gefasst – 50 dieser Kommunen sind allein aus Bayern. Für eine Übersicht über die 50 bayerischen Kommunen siehe www.bayern-gegen-ausbeuterische-kinderarbeit.de -> „Beschlüsse in Bayern“. Für eine Übersicht über die ca. 140 Kommunen in Deutschland siehe www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de.

Buy IT fair: Informations- und Telekommunikationstechnologie

Anfang März 2009 veröffentlichten ver.di, die internationale Kampagne “Procura-Plus” und das Netzwerk europäischer NGOs “Procure IT fair” den Leitfaden “Buy IT fair”. Darin geben sie eine Anleitung dafür, wie neben ökologischen auch soziale Kriterien bei der öffentlichen Beschaffung angewendet werden können. Vor allem geht es um die Arbeitsbedingungen in der Produktion. Unternehmen sollen auch die Einhaltung grundlegender Arbeitsrechte, der Arbeitsplatzsicherheit, des Gesundheitsschutzes sowie des Rechts gewerkschaftlicher Organisation in der gesamten Lieferkette nachweisen müssen. Hierzu zählt auch die Rohstoffförderung.

Hintergrund: Bund, Länder und Kommunen investieren laut dem Branchenverband BITKOM jährlich rund 18 Milliarden Euro in IT-Produkte.

In einer Germanwatch-Pressemitteilung vom 5. März 2009 wird auf die Zusammensetzung bzw. die Herkunft der Metalle von Informations- und Kommunikationstechnologien hingewiesen. Demnach haben die Hersteller dieser Produkte bisher kaum darüber nachgedacht und erst auf Druck der makeITfair-Kampagne begonnen, sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Eine Umfrage unter den größten Herstellern, hat diese Einschätzung bestätigt. "Wir haben die Firmen danach gefragt, inwiefern sie darauf achten, dass ihre Zulieferer Menschenrechte und andere soziale und ökologische Kriterien bei der Förderung von Metallen wie Kobalt, Koltanerz und Zinn berücksichtigen. Im Vergleich zur letzten Umfrage konnten wir einige Fortschritte feststellen. Aber es sind noch viele Schritte zu tun, bis eine faire Förderung wirklich gesichert ist", erklärte Cornelia Heydenreich, Referentin bei Germanwatch und deutsche Koordinatorin der makeITfair-Kampagne.

Weitere Infos siehe www.procureitfair.org sowie www.germanwatch.org

Da die Formulierung von Ausschreibungsunterlagen im Bereich der Beschaffung von Informations- und Telekommunikationstechnologie (ITK) nicht ganz so einfach ist, haben das Beschaffungsamt des Bundesinnenministeriums, der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (BITKOM), das Bundesamt für Informationsmanagement und Informationstechnik der Bundeswehr und das Umweltbundesamt eine gemeinsame Internetseite angeboten, um öffentlichen Auftraggebern in Bund, Ländern und Kommunen eine verlässliche und verständliche Hilfe an die Hand zu geben – siehe www.itk-beschaffung.de

Saarbrücken erste deutsche „Fairtrade-Stadt“

Die Stadt Saarbrücken erfüllt als erste Stadt in Deutschland alle Kriterien der weltweiten Kampagne „Fairtrade-Towns“ (www.fairtradetowns.de) und reiht sich damit in die Liste der über 600

Fairtrade-Towns in 18 Staaten ein. In Deutschland können sich Kommunen erst seit 2009 bei Transfair e.V., dem Verein zur Förderung des Fairen Handels in Deutschland (www.transfair.org), um diesen Titel bewerben und müssen dabei fünf Kriterien erfüllen. So müssen die BürgerInnen einer Kommune beispielsweise in einer sich nach der Einwohnerzahl richtenden Anzahl von Geschäften, Gaststätten oder öffentlichen Einrichtungen fair gehandelte Produkte angeboten bekommen. So können sie dann globales Denken lokal umsetzen.

Ein breites Bündnis von lokalen Organisationen hat in Saarbrücken zu diesem Erfolg beigetragen – nicht zuletzt das „Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland e.V.“ (www.nes-web.de) – die „saarländische Schwester“ des Eine Welt Netzwerk Bayern e.V.

Die Kampagne Fairtrade-Towns stellt sich u.a. während der 2. Fair Handels Messe Bayern am 11. Juli 2009 im Augsburger Rathaus vor.

Weitere Informationen siehe <http://www.transfair.org/presse/detailseite-presse/article/45/saarbruecken-1.html>

Wettbewerb Hauptstadt des Fairen Handels

Der bundesweite Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ wird 2009 zum vierten Mal von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ausgeschrieben. Schirmherrin ist die Ministerin des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Frau Heidemarie Wieczorek-Zeul. Der Wettbewerb ist eingebettet in die bundesweite Faire Woche vom 14. bis 27. September 2009 (www.fairewoche.de). Bewerben können sich alle Städte und Gemeinden in Deutschland, die durch eigene Aktivitäten vor Ort den Fairen Handel unterstützen. Einsendeschluss ist der 15. Juli 2009.

Weitere Informationen bzw. Bewerbungsunterlagen siehe unter <http://service-einewelt.de> und unter <http://www.service-eine-welt.de/hauptstadtfh/hauptstadtfh-start.html>

Siemens ignoriert Verantwortung für Arbeitsrechtsverletzungen

Nach Informationen von WEED (www.weed-online.org) und der in Hongkong ansässigen Nichtregierungsorganisation SACOM (<http://sacom.hk>) übernimmt Fujitsu Siemens Computers keine Verantwortung für Arbeitsrechtsverletzungen in ihrer Zulieferkette in China. Laut einer Meldung vom 31. März 2009 haben betroffene Unternehmen auf die in einer Studie „The Dark Side of Cyberspace“ erhobenen Vorwürfe unterschiedlich reagiert.

Demnach trafen sich am 24. März Top-Manager von Compeq, Compal Electronics und Dell mit SACOM, um sich über gute Fallbeispiele von ArbeiterInnenrepräsentation und nachhaltiger Produktion auszutauschen. PC Partner und Excelsior Electronics sind dagegen der Forderung nicht nachgekommen, zu den erhobenen Vorwürfen über Arbeitsrechtsverletzungen Stellung zu beziehen. Fujitsu Siemens Computers (FSC) – das Unternehmen hatte Excelsior zu seinem bevorzugten chinesischen Zulieferer 2007 gekürt – nimmt lediglich die Position eines "Beobachters" ein und scheint nach Informationen von Jenny Chan (SACOM) keine konkreten Schritte zu unternehmen, um auf Excelsior Druck auszuüben. Aus diesem Grund musste das für den 2. April 2009 angesetzte Treffen mit FSC und Excelsior abgesagt werden.

Die Studie hatte eklatante Arbeitsrechtsverletzungen wie exorbitante Überstunden, Löhne unterhalb des Mindestlohns und ein autoritäres Regime fabrikinterner Kontrolle bei den Zulieferern von Dell, Fujitsu Siemens und Lenovo dokumentiert.

http://www.pcglobal.org/index.php?option=com_content&view=article&id=154:pressemittellung-31032009-fujitsu-siemens-ignoriert-verantwortung-fuer-arbeitsrechtsverletzungen&catid=34:news

EarthLink veröffentlicht praxisnahe Leitlinien gegen Kinderarbeit

„Leitfaden für Unternehmen gegen ausbeuterische Kinderarbeit“, so heißt der Praxis-Ratgeber, den die in München ansässige Organisation EarthLink herausgegeben hat. „Verantwortungsbewusste Unternehmer möchten sicher gehen, dass ihre Produkte ohne Kinderarbeit hergestellt werden. Mit dem Leitfaden schlagen wir 24 konkret umsetzbare Maßnahmen vor“, erläutert Bernhard Henselmann, Sprecher von EarthLink und Initiator der Informations-Kampagne „Aktiv gegen Kinderarbeit“. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen fehle es häufig an Informationen zum Thema.

Weltweit arbeiten, nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO der Vereinten Nationen, 218 Millionen Kinder unter 15 Jahren. Davon 126 Millionen unter ausbeuterischen Bedingungen, die ihre gesundheitliche Entwicklung beeinträchtigen und Bildungsmöglichkeiten verwehren.

Um diesem menschenunwürdigen Zustand entgegen zu wirken, liefert die Broschüre praxistaugliche Handlungsleitlinien für die Unternehmens- und Produktionsebene und zeigt auch auf, wie mit konkreten Fällen von Kinderarbeit umgegangen werden kann. „Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind praxiserprobt und können in Unternehmen verschiedenster Branchen angepasst und umgesetzt werden“, wirbt der EarthLink-Sprecher für ein branchenübergreifendes Aktiv werden gegen ausbeuterische Kinderarbeit. Eine Check-Liste, die auf einen Blick erkennen lässt, wo Handlungsbedarf besteht, vervollständigt den Ratgeber und einschlägige Wirtschaftsinitiativen werden vorgestellt. Ergänzt wird dieser Katalog durch eine Liste mit Zertifizierungen und Siegeln, die die Einhaltung von Sozialstandards in der Produktion bescheinigen.

"Leitfaden für Unternehmen gegen ausbeuterische Kinderarbeit", 24 Seiten, Download unter <http://unternehmen.aktiv-gegen-kinderarbeit.de> - auch als Broschüre verfügbar (Schutzgebühr 10 EUR, Bestellungen tel. unter 089-35652102 oder per E-Mail an: info@aktiv-gegen-kinderarbeit.de)

Treffen des Deutschen Runden Tisches Verhaltenskodizes

Zuletzt am 19. März 2009 in Berlin traf sich der Deutsche Runde Tisch Verhaltenskodizes und thematisierte u.a. ein Diskussionspapier des Runden Tisches zum letzten Bericht des UN-Sonderbeauftragten Ruggie, öffentliche Beschaffung, menschenrechtliche Unternehmensverantwortung und nachhaltige Entwicklung sowie Erfahrungen aus Pilotprojekten des Runden Tisches.

Der Deutsche Runde Tisch Verhaltenskodizes ist ein Multistakeholder-Forum im Bereich Verhaltenskodizes (*Codes of Conduct*) und Sozialstandards. Am Runden Tisch sind Unternehmen, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Bundesministerien vertreten. Dies ermöglicht einen Erfahrungsaustausch aus unterschiedlichen Perspektiven und Branchen.

Der Runde Tisch hat sich zum Ziel gesetzt, zu verbesserten Sozialstandards in Entwicklungsländern beizutragen. Dazu fördert der Runde Tisch die Einführung freiwilliger Verhaltenskodizes in deutschen Unternehmen mit Produktionsstätten oder Zulieferern in Entwicklungsländern. Aufgrund des Erfahrungsaustausches am Runden Tisch entstehen Empfehlungen für die Einführung, Überwachung und Verifizierung solcher Unternehmensrichtlinien. Das Sekretariat des Runden Tisches ist angesiedelt beim Programmbüro Sozial- und Ökostandards der GTZ. Das nächste Treffen findet am 16. Juni 2009 in Eschborn statt.

Weitere Informationen zum Deutschen Runden Tisch Verhaltenskodizes: www.coc-runder-tisch.de

2. Fair Handels Messe Bayern:

Samstag, 11. Juli 2009

10:30 bis 17:00 Uhr, Augsburg

Weitere Infos beim „Runden Tisch Fairer Handel Bayern“ (www.fairerhandel-bayern.de)

c/o Eine Welt Netzwerk Bayern e.V., Weiße Gasse 3, 86150 Augsburg
info@eineweltnetzwerkbayern.de - www.eineweltnetzwerkbayern.de

Die 2. Fair Handels Messe Bayern wird gefördert
von der Bay. Staatskanzlei und der Ev.-Luth. Kirche in Bayern

**Der nächste Rundbrief
„Globalisierung von Sozial- und Umweltstandards“
erscheint voraussichtlich im Juli 2009.**

Beiträge an die Redaktion bitte an info@eineweltnetzwerkbayern.de

Das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. (www.eineweltnetzwerkbayern.de) ist das bayerische Landesnetzwerk entwicklungspolitischer Gruppen / Einrichtungen, Weltläden und lokaler Eine-Welt-Foren. Es ist u.a. Träger der Internetseite und Ausstellung „Bayern gegen ausbeuterische Kinderarbeit“ (www.bayern-gegen-ausbeuterische-kinderarbeit.de), der bayerischen Landeskampagne zum Fairen Handel „Fair Handeln Bayern“ (www.fairhandeln-bayern.de), des bayerischen Partnerschafts- und Bildungsportals „Bayern-EineWelt“ (www.bayern-einewelt.de) und Herausgeber zahlreicher Publikationen (u.a. „Handbuch Entwicklungspolitik in Bayern – Analysen und Perspektiven, München und Augsburg 4. Auflage 2007). Auf Bundesebene ist das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (Agl), www.agl-einewelt.de.